

Grätz, Hartmut (2010): Wir sind alle Weltbürger. Ansprache beim Tag des Weltbürgertums am 21.03. in Magdeburg.

Liebe Weltbürgerinnen und Weltbürger, liebe Freunde, liebe Gäste!
Wir sind alle WELTBÜRGER!

Eine stets wachsende Zahl von Männern und Frauen in der ganzen Welt, darunter viele prominente Persönlichkeiten, erklären sich heute als Weltbürger. Alle streben nach dem Schutz des bedrohten Lebens und empfinden das Bedürfnis nach einer wirksamen Organisation der Welt, welche den Respekt der Personen, der Völker und des Gleichgewichtes der Natur gewährleistet.

Wir befinden uns derzeit in einer Umbruchphase der wirtschaftlichen und politischen Machtverteilung auf unserer Erde. In den vergangenen 150 bis 200 Jahren haben die Staaten Westeuropas, Nordamerikas und in Asien und Japan den Trend vorgegeben. Hier wurde Neues entwickelt, Geld und Macht angehäuft. Ökonomische und politische Macht, mit der man den Rhythmus der Welt bestimmte.

Leider nicht zum Vorteil aller Menschen. Um den Reichtum der wenigen sicher zu stellen, wurden sehr viele Menschen in Armut gehalten und rechtlich unterdrückt. Diese vielfachen Ungleichheiten der Welt wurden mehr und mehr augenscheinlich seit dem Ende des Kalten Krieges. Die Zerstreuung der Waffen, die die Welt mit massiver Vernichtung bedrohen, ist immer noch gegenwärtig. Es wird sogar immer weiter aufgerüstet. Mit Sorge blicke ich da in Richtung einiger so genannter Schwellenländer wie Indien, Pakistan, Iran, die inzwischen bereits im Besitz von Massenvernichtungswaffen sind oder massiv versuchen in deren Besitz zu gelangen.

Der Notstand der großen Mehrheit, wenn wir z.B. nach Afrika schauen, gegenüber dem Überfluss, in dem eine Minderheit der Erdbewohner lebt (die jedoch auch von der Arbeitslosigkeit bedroht ist), die Verschmutzung der Luft und der Gewässer, die Vergeudung der nicht erneuerbaren Energie- und Rohstoffquellen, die Überbevölkerung, die Währungsunordnung, die nicht enden wollenden Gewalttaten und Kriege und die Phänomene des Zusammenbruchs von ganzen Gesellschaftsschichten stellen die Menschheit vor Probleme, welche die Befugnisse der Staaten überschreiten und ein planetarisches Ausmaß aufweisen.

Das sind die Gefahren, die die Menschheit bedrohen.

Warum hat sich die Institution der Vereinten Nationen, die so viele Hoffnungen erweckt hat, bisher als unfähig erwiesen, die Mehrzahl der internationalen Probleme zu lösen? Warum war sie insbesondere machtlos, die Kriege zu verhindern?

Weil jeder der Vertreter der Regierungen auf der Tribüne der Vereinten Nationen die seinem Land eigenen Interessen verteidigt und weil niemand die Interessen der Menschheit verteidigt. Unter diesen Bedingungen bleiben ihre Beschlüsse unausgeführt, da jede Nation sich anmaßt, sich diesen im Namen ihrer nationalen Souveränität zu entziehen.

Die von den Regierungen gespielte Rolle der Verteidiger der Interessen ihrer Nation befähigt sie nicht, die Probleme zu lösen, welche die Interessen der gesamten Menschheit betreffen.

Das hat bereits der Philosoph Immanuel Kant erkannt, als er die Grundidee des Weltbürgertums entwickelte. In seinem 1795 veröffentlichten Aufsatz „Zum ewigen Frieden“ forderte er bereits, dass die Verfassung aller Staaten auf Gewaltenteilung

füßen sollte und dass sich die Staaten der Erde zu einer Föderation, einem „Völkerbund“ zusammenzuschließen hätten.

Er forderte aber auch ein „Weltbürgerrecht“ der Bewohner dieser Erde – „vermöge des Rechts des gemeinschaftlichen Besitzes der Oberfläche der Erde, auf der, als Kugelfläche, sie sich nicht ins Unendliche zerstreuen können, sondern endlich sich doch nebeneinander dulden müssen“.

Er stellte weiterhin fest: „Unter diesen Bedingungen sei die Idee eines Weltbürgerrechts keine phantastische und überspannte Vorstellungsart des Rechts, sondern eine notwendige Ergänzung des ungeschriebenen Kodex, sowohl des Staats- als Völkerrechts zum öffentlichen Menschenrechte überhaupt, und so zum ewigen Frieden.“

Auch wenn die UNO den Ansprüchen des Weltbürgertums vor allem politisch nicht gerecht geworden ist, so ist sie doch die einzige internationale Organisation, die auch uns Weltbürgern eine Mitsprache einräumt. Diese Chance nutzt die AWC z.B. durch solche Mitglieder wie Lisinka Ulatowska und Ingrid und Klaus Schittich, um sich politisch zu etablieren.

Das ist ungeheuer wichtig, dass neben der AWC auch möglichst viele andere humanitäre NGOs in der UNO mitwirken können.

Bedingt durch die Kräfteverschiebung weg von den alten Industrienationen, die finanziell fast alle Bankrott sind, hin zu den jungen Industrienationen und Schwellenländern werden sich in den kommenden Jahren bisher ungeahnte politische Situationen und Konfrontationen zwischen Nationen ergeben.

Es muss alle Kraft darauf gerichtet werden, neue Kriege zu verhindern. Ich hoffe auch darauf, dass sich für die Weltbürger-Organisationen Chancen ergeben werden, die Idee des Weltbürgertums im Sinne von Kant umzusetzen bzw. fortzuschreiben.

In lokalen Rahmen ist es deshalb wichtig, dass wir AWC-Mitglieder für Toleranz aller Bürger dieser Welt untereinander werben. Ein sehr gutes Beispiel dafür ist die Arbeit der AGSA und des Flüchtlingsrates hier im Einewelthaus. Inzwischen gehören unsere 28 Mitglieder der AWC Dt. Sektion Sa.-Anh. auch dazu.

Das Weltbürgerrecht ist bisher nicht konkret ausgestaltet. Doch es könnte, wenn es auf dem gemeinsamen Besitz der Erdoberfläche beruhen würde, nicht nur jeder ideologischen Aufteilung in erste, zweite und „Dritte Welt“ die Grundlage entziehen. Es würde auch eine neue Basis schaffen, um Fragen des Aufenthalts-, des Asyl- und Bleiberechts in einer ganz neuen Weise zu erörtern: einer Weise, die über rassistische Vorurteile ebenso hinweg schreitet wie über die verzweifelte Versuche der Besitzstandswahrung auf der Nordhalbkugel, mit denen die reichen Industrieländer ihr oft unrechtmäßig erworbenes Eigentum verzweifelt zu verteidigen suchen. Es wäre das geeignete Fundament für alle Versuche, die Schlüsselfragen des 21. Jahrhunderts in wirklich solidarischer Weise anzupacken. In einer Welt, in der die reichsten 500 Menschen über einen höheren Anteil am Welt-Bruttosozialprodukt verfügen als die ärmsten 500 Millionen, ist dies dringlich geboten.

Vielen Dank!